

Gleichstellungsgesetz wirkt wie „Türöffner“

Gesetzentwurf der LINKEN schreibt konkrete Nachteilsausgleiche für Behinderte fest

Als „Türöffner“ für die Änderung auch anderer Landesgesetze bezeichnete Karola Stange das von der Linksfraktion dem Landtag jetzt vorgelegte Behindertengleichstellungsgesetz, das die Abgeordnete bei einem Pressegespräch am 15. April im Landtag in Erfurt vorgestellt hatte.

Das UN-Abkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist auch in Deutschland ratifiziert und damit im Rang eines Gesetzes verbindlich für alle staatlichen Ebenen, so die Abgeordnete. Daraus ergebe sich die Pflicht, das Abkommen auch in allen gesellschaftlichen Bereichen wirksam umzusetzen. Die Ansätze der Thüringer Landesregierung schätzte die Politikerin der Linksfraktion aber als „veraltet“ ein. Das derzeit gültige Gesetz verletze geradezu die UN-Abkommen.

Der neue Gesetzentwurf der LINKEN schreibe demgegenüber zahlreiche Rechte, Leistungen und Verpflichtungen fest. Als konkrete Nachteilsausgleiche nannte Karola Stange, gleichstellungs- und behindertenpolitische Sprecherin, ein erhöhtes Blindengeld, ein Gehörlosengeld und ein Taubblindengeld.

Prinzip der Inklusion muss konsequent verfolgt werden

Die PDS- bzw. LINKE-Fraktion hatte bereits in der dritten und vierten Wahlperiode Gesetzesinitiativen in den Landtag eingebracht, abgestimmt mit den Verbänden und Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen. Es besteht eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem Thüringer außerparlamentarischen Bündnis.

Entsprechend dem UN-Abkommen ist die Gleichstellung behinderter Menschen nun eine umfassende gesetzliche Pflichtaufgabe und muss in ihrer

wirksamen Umsetzung sowohl personell, sächlich als auch finanziell abgesichert werden. Das ist für weite Bereiche staatlichen Handelns in Deutschland ein Paradigmenwechsel. Allerdings ist Thüringen schon seit Inkrafttreten der Landesverfassung wegen des Gleichstellungsgebots aus Artikel 2 Absatz 4 zu solchen Maßnahmen verpflichtet. Das UN-Abkommen konkretisiert die Verpflichtungen für alle Bereiche der Gesellschaft sehr handfest.



Das gibt der praktischen Umsetzung einen weiteren wichtigen Schub. Konsequent muss das Prinzip der Inklusion verfolgt werden, d.h. alle sind anders und doch gleich und gehören von Anfang dazu, genießen gleiche Teilhabe in allen Bereichen. Diese Gleichstellung bemisst sich an der tatsächlichen Alltagssituation und geht damit über eine formal-rechtliche „Gleichberechtigung“ weit hinaus.

Außerdem ist das UN-Abkommen stark vom Prinzip der „Selbstvertretung“ von Menschen mit Behinderungen („Empowerment“) geprägt. Der Gesetzentwurf der Thüringer Linksfraktion sieht neben den genannten kon-

kreten Nachteilsausgleichen, zu denen auch das Gebot der Förderung behinderter Frauen und das Recht auf Assistenzleistungen gehören, vor, dass der Landesbehindertenbeauftragte vom Landtag gewählt wird und weit reichende Kompetenzen erhält, z.B. ein Beanstandungsrecht bei Mängeln im Verwaltungshandeln.

Fraktionsdiskussion wird per Livestream übertragen

In kreisfreien Städten und Landkreisen sollen hauptamtliche Behindertenbeauftragte arbeiten, außerdem können Beiräte berufen werden. Wichtig sind die Selbstvertretung der Menschen mit Behinderungen über Mitwirkungsrechte (z.B. Stärkung des Landesbehindertenbeirats) und die Stärkung der Netzwerkstrukturen (z.B. Fördergebot für Beratungsstellen).

Die LINKE erwartet, dass der Gesetzentwurf im Ausschuss beraten wird und dort auch eine öffentliche Anhörung mit Fachleuten und Verbänden stattfindet. Sollte es nicht dazu kommen, wird die Fraktion eine eigene öffentliche Anhörung durchführen.

Zudem wird eine „Mitarbeiterin“ des UN-Abkommens in der Sitzung der Linksfraktion am 8. Mai und anlässlich des Europäischen Aktionstages der Menschen mit Behinderungen zum Thema sprechen. Die Diskussion kann auch wieder per Livestream im Internet unter www.die-linke-thl.de verfolgt werden.

Die Fraktion wird außerdem die Realisierung des Maßnahmenplans zur Umsetzung des UN-Abkommens in Thüringen kritisch begleiten und auch weiterhin alles daran setzen, dass der Maßnahmenplan offizieller Arbeitsgegenstand des Landtags und seiner Ausschüsse wird, was bisher noch nicht der Fall ist.

Sandra Steck

VON A BIS Z:

Tarifübernahme

Die LINKE hat jetzt einen Antrag in den Landtag eingebracht in Reaktion auf die Entscheidung der Landesregierung, den Tarifabschluss für die Angestellten des Öffentlichen Dienstes deutlich zeitversetzt und im kommenden Jahr auch nur reduziert auf die Besoldung der Beamten übertragen zu wollen. „Damit verabschiedet man sich von einer fairen Bezahlung der Bediensteten im öffentlichen Dienst, der ein sozialer Ausgleich entsprechend der finanziellen Möglichkeiten des Landeshaushalts und der Teuerungsrate zugrunde liegt. Die Landesregierung betreibt eine Sparpolitik auf den Schultern der Bediensteten“, kritisierte MdL Martina Renner.

Tarifpolitik und gerechte Entlohnung für Bedienstete sind kein Mittel der Haushaltskonsolidierung, sondern Element des sozialpolitischen Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Für eine auch nur in Teilen abweichende Übernahme gibt es keine nachvollziehbaren Rechtfertigungsgründe. Im Doppelhaushalt für die Jahre 2013/2014 ist eine Personalkostenreserve eingeplant, sodass haushalterische Einwände, die bereits im Rahmen der Tarifeinigung für die Angestellten Berücksichtigung gefunden hatten, aus diesem Grund aber auch aufgrund ihrer sozialen Unzulässigkeit als sachfremd zurückgewiesen werden müssen. Bemerkenswert ist auch das neuerliche Scheitern der SPD, die noch vor wenigen Wochen mit Nachdruck die inhalts- und zeitgleiche Übertragung des Tarifabschlusses gefordert hatte. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Nachdem jetzt der Thüringer Landtag vom 24. bis 26. April tagt, sind die nächsten Plenarsitzungen für die Zeit vom 22. bis 24. Mai des Monats anberaumt.

Naturlandschaften:

Die Wanderausstellung „Natur Thüringen – Die Nationalen Naturlandschaften“ des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz zeigt acht Landschaften. Die lebendige Schau ist noch bis zum 10. Mai im Zwischengang zum Fraktionsgebäude im Thüringer Landtag zu besichtigen.

Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:
www.die-linke-thl.de.

Giftmüll

Gegenwärtig liegt eine Genehmigung des Landesbergamtes öffentlich aus, die der K+S Kali GmbH den Versatz von zusätzlichen 120.000 Tonnen gefährlicher Abfälle pro Jahr in der Grube Unterbreizbach erlaubt. „Wiederholt wird eine Chance verpasst, anfallende Salzabfälle aus der Kali-Produktion wieder unter Tage zu bringen, statt sie in die Werra oder auf riesige Halden zu kippen“, so MdL Tilo Kummer, der auch die Behauptung von K+S kritisierte, den Giftmüll zusammen mit Salzabwässern durch den Versatz von Hohlräumen zu verwerten. Schon vor Jahren gab es dazu ein französisches Grundsurteil, das forderte, die Gruben mit Salzabfällen der Kaliindustrie statt mit Müll zu verfüllen. ■

Beförderungstau

„Der Beförderungstau bei der Thüringer Polizei kann auch mit einer nun angekündigten, aber keinesfalls sicheren, Beförderungsquote von zehn Prozent nicht abgebaut werden, sondern wird noch lange bestehen, nachdem im vergangenen Jahr weit unter den geplanten fünf Prozent Beförderungen gemessen an den Stellen vollzogen wurden“, so MdL Martina Renner. Die Tatsache, dass über die Hälfte der für 2012 vorgesehenen Beförderungen aufgrund von Klagen bislang nicht vollzogen werden konnte, zeugt nach Ansicht der LINKE-Politikerin von einem seit Jahren bereits anwachsenden Unmut unter den Polizeibeamten über ausbleibende Beförderungen und über ein schlechtes Personalmanagement. ■

Sanktionen

„Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger verfehlen immer deutlicher ihren angeblichen Zweck. Anstelle Menschen zu motivieren, wird eine kleine Gruppe, die offensichtlich jegliche Hoffnung aufgegeben hat, immer stärker drangsaliert. Diese Menschen brauchen Unterstützung, keine Strafen“, so MdL Ina Leukefeld. Laut der Bundesagentur für Arbeit wurden 2012 mehr als eine Million Sanktionen gegen gerade einmal 150.000 Menschen verhängt. Viele Menschen haben in diesem Land resigniert. Sie wollen nicht das zehnte Bewerbungstraining und die fünfzehnte Weiterqualifizierung antreten in dem Wissen, dass sie damit niemals ein ausreichendes Einkommen für sich und ihre Familien generieren werden. ■